

Die Reichsgründungsfeiern der Hamburgischen Universität in der Weimarer Republik

Zum Problem des 18. Januar und dem gescheiterten Versuch, ihn republikanisch umzudeuten

Von
Anton F. Guhl

„Der 18. Januar ist eine monarchistische, erst in der Republik gegen die Republik erfundene Feier“, urteilte das SPD-Organ „Vorwärts“ 1929¹ – eine Einschätzung, die von der Forschung zum Teil bestätigt wird.² Tatsächlich sind die Feiern zum Gründungstag des Deutschen Kaiserreiches 1871 erst in der Weimarer Republik populär geworden. Zu ihren Trägern zählten konservative und offen republikfeindliche Parteien und Kräfte, aber auch staatliche Einrichtungen wie die Universitäten. Die folgende Betrachtung der Reichsgründungsfeiern an der Hamburgischen Universität zeigt trotz der begründeten Skepsis des „Vorwärts“ bemerkenswerte Bemühungen der Minderheit demokratisch gesinnter Professoren, den Feiern republikanische Bezüge zu verleihen.³

- 1 Kriegsflaggen in der Bendlerstraße. Reichswehr flaggt gegen Republik. In: Vorwärts vom 19.1.1929.
- 2 So etwa Jan Gerber, Die Reichsgründungsfeiern der Universität Halle-Wittenberg in der Zeit der Weimarer Republik. In: Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1502-2002. Hrsg. von Hermann-Josef Rupieper. Halle 2002, S. 407-431, hier S. 413; vgl. pointierter zum antirepublikanischen Impetus des Reichsgründungsmythos Robert Gerwarth, Republik und Reichsgründung. Bismarcks kleindeutsche Lösung im Meinungsstreit der ersten deutschen Demokratie. In: Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland. Hrsg. von Heinrich August Winkler. Göttingen 2004, S. 115-133, hier S. 119.
- 3 Die Republikferne der Mehrheit der Professoren zeigt Barbara Vogel, Anpassung und Widerstand. Das Verhältnis Hamburger Hochschullehrer zum Staat 1919 bis 1945. In: Eckart Krause/Holger Fischer/Ludwig Huber (Hrsg.), Hochschulalltag im „Dritten Reich“. Die Hamburger Universität 1933-1945. 3 Teile. Berlin/Hamburg 1991 (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 3), hier Teil I, S. 3-83; vgl. auch Michael Grüttner, Hort der Reaktion oder Hochburg des Liberalismus? Die Hamburger Universität in der Weimarer Republik. In: Karl Christian Führer/Karen Hagemann/Birthe Kundrus (Hrsg.), Eliten im Wandel. Gesell-

Die Bedeutung des 18. Januar in der Weimarer Republik ist trotz einiger Untersuchungen noch unvollständig erforscht.⁴ Dass die Reichsgründungsfeiern vor allem für die Universitäten eine erhebliche Bedeutung hatten, wurde zwar für einzelne Hochschulen gezeigt,⁵ doch fehlt auch hier noch eine umfassende Darstellung.⁶ Hinsichtlich der Hamburger Universität finden sich Hinweise vor allem im dreibändigen „Hochschulalltag im ‚Dritten Reich‘“:⁷ Neben einem grundlegenden Überblick zum Verhältnis der Professoren zum Staat seit 1919⁸ berührt ein Aufsatz über akademische Feiern im „Dritten Reich“ auch die Geschichte der Reichsgründungsfeiern in der Weimarer Zeit.⁹ Zudem beleuchtet eine Berliner Magisterarbeit Aspekte akademischer Feiern als Mittel der Selbstdarstellung der Ordinarien.¹⁰ Im Folgenden wird mit der Beschreibung der Hamburger Reichsgründungsfeiern seit 1921 ein Beitrag zu der noch große Lücken aufweisenden Erforschung der Hamburger Universitätsgeschichte vor 1933 geleistet.¹¹ Während sich Entstehungsgeschichte, Ablauf und

schaftliche Führungsschichten im 19. und 20. Jahrhundert. Für Klaus Saul zum 65. Geburtstag. Münster 2004, S. 179-197.

- 4 Vgl. etwa Fritz Schellack, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945. Frankfurt a. M. u. a. 1990; Gerwarth (wie Anm. 2).
- 5 Gerber (wie Anm. 2); Frank Engelhausen, Die Reichsgründungsfeiern an der Universität Heidelberg 1921-1933. In: Armin Kohnle/Frank Engelhausen (Hrsg.), Zwischen Wissenschaft und Politik. Studien zur deutschen Universitätsgeschichte. Festschrift für Eike Wolgast zum 65. Geburtstag. Stuttgart 2001, S. 521-539; Juliane Ossner, Die Reichsgründungs- und Verfassungsfeiern in Wetzlar und Gießen 1921 bis 1933. In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 49 (1999), S. 151-177; Mathias Kotowski, Die öffentliche Universität. Veranstaltungskultur der Eberhard-Karls-Universität Tübingen in der Weimarer Republik. Stuttgart 1999 (= Contubernium, Bd. 49), S. 45-63.
- 6 Eine umfangreiche Studie erarbeitet zurzeit Bruno Reimann, Gießen.
- 7 Krause, Hochschulalltag (wie Anm. 3).
- 8 Vogel (wie Anm. 3).
- 9 Hans Wilhelm Eckardt, Akademische Feiern als Selbstdarstellung der Hamburger Universität im „Dritten Reich“. In: Krause, Hochschulalltag (wie Anm. 3), Teil I, S. 179-200.
- 10 Kai Kibbel, Das „Selbstverständnis“ der Ordinarien an der Hamburgischen Universität in der Weimarer Republik. Geschichtswissenschaftliche Magisterarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin 2004, S. 79-116.
- 11 Vgl. als Überblick zur Hamburger Universitätsgeschichte mit Nennung der einschlägigen Literatur: Rainer Nicolaysen, „Frei soll die Lehre sein und frei das Lernen“. Zur Geschichte der Universität Hamburg. Hamburg 2008.

Inhalt der Feiern aus ihnen selbst erschließen, wird ihr antirepublikanischer Impetus vor allem durch die Kontrastierung mit der 1930 nur unter Schwierigkeiten zustande gekommenen Verfassungsfeier deutlich. Der Vergleich zeigt, dass das alljährliche Bekenntnis zur nationalen Einheit nur vermeintlich „unpolitisch“ war.

Da die Reichsgründungsfeiern mehrfach unter der Ägide republikanisch gesinnter Rektoren standen, soll hier die Frage verfolgt werden, ob der 18. Januar die Basis für eine integrative Feier hätte bilden können. Vor allem der Völkerrechtler und Sozialdemokrat Rudolf Laun, Rektor von 1924 bis 1926, wurde zum vehementen Verfechter eines solchen Versuchs. „Mit republikanischem Bekenntnis einerseits und nationalem Pathos andererseits“ eignete sich Laun besonders „als Integrationsfigur für eine politisch gesplante Institution“. ¹² War die Hoffnung republikanischer Professoren, am 18. Januar eine politische Lager zusammenführende Feier abzuhalten, dennoch gänzlich „unrealistisch“? ¹³

Ein integratives Datum in Form eines Nationalfeiertages gab es in der Weimarer Republik nicht. ¹⁴ Weder die „linken“ symbolträchtigen Daten, der 1. Mai, der 11. August und der 9. November, noch der „rechte“ 18. Januar fanden eine Mehrheit. ¹⁵ Der 18. Januar wurde als Feiertag erst 1922 von der DVP ins Gespräch gebracht, ¹⁶ denn im Kaiserreich, in dem Sedantag und Kaisergeburtstag gefeiert worden waren, ¹⁷ hatte die Reichsgründung von 1871 wenig Aufmerksamkeit gefunden. Hier blieb die 1701 erfolgte Krönung Friedrichs I. als König in Preußen das zentrale Gründungsereignis. Eine Betonung der Einheit von 1871 wäre hingegen – zumindest auch – Ausdruck national-demokratischer Ideen von 1848 gewesen. ¹⁸ Sollte der 18. Januar als Bezugspunkt die Zustimmung einer heterogen zusammengesetzten Mehrheit finden, so musste seine Bewer-

12 Rainer Nicolaysen, Rudolf Laun. In: Franklin Kopitzsch/Dirk Brietzke (Hrsg.), *Hamburgische Biografie. Personenlexikon*, Bd. 5. Göttingen 2010, S. 227-230, hier S. 228; vgl. zu Laun jetzt die rechtswissenschaftliche Dissertation von Rainer Biskup, *Staatsrechtslehrer zwischen Republik und Diktatur. Rudolf Laun (1882-1975)*. Hamburg 2010.

13 Dies betont Gerber (wie Anm. 2), S. 410.

14 Schellack (wie Anm. 4), S. 133.

15 Vgl. zur ersten Debatte eines Nationalfeiertags ebd., S. 138-140.

16 Ebd., S. 161.

17 Ebd., S. 17-132.

18 Tilman Koops, *Wozu Nationalfeiertage?* In: Klaus Oldenhage/Hermann Schreyer/Wolfram Werner (Hrsg.), *Archiv für Geschichte. Festschrift für Friedrich P. Kahlenberg*. Düsseldorf 2000, S. 858-876, hier S. 862.

tung sich vom Kaiserreich lösen und auch an Traditionen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts anknüpfen – ein unmögliches Unterfangen nach einem halben Jahrhundert Kaiserreich und den umwälzenden Ereignissen von 1918/19. So war der 18. Januar zunächst nur das Datum der Konservativen und Republikgegner.

Eine junge Universität erfindet ihren Festkalender

Als 1921 die Reichsgründungsfeiern in Hamburg einsetzten, war die Universität gerade zwei Jahre alt und hatte keinen eingespielten Festkalender, in dem die Reichsgründungsfeiern ihren Platz hätten finden müssen. Zum einen orientierte sie sich an den Festkalendern anderer deutscher Universitäten,¹⁹ zum anderen griff sie auf Festtraditionen ihrer Hamburger Vorgängereinstitute zurück.²⁰ So lieferten die Feiern des Kolonialinstituts wichtige Erfahrungen.²¹ Bereits während der Planungen zu dessen Gründung 1908 hatte der Professorenrat eine wiederkehrende Feier als „sehr erwünschte Gelegenheit“ bezeichnet, um offiziell mit der Öffentlichkeit in Verbindung zu treten.²² Die Einladungslisten der Gründungsfeier, die am 20. Oktober 1908 im Wilhelm-Gymnasium stattfand, und der späteren Feiern zum Wechsel des Vorsitzenden ähnelten der späteren Zusammensetzung der Gäste bei Reichsgründungsfeiern. Der Vorsitzende des Professorenrats, Georg Thilenius, benannte als Gäste: „Senat und Bürgerschaft, Handelskammer, Vorstand der Kolonialgesellschaft, Professorenkonvent, Oberschulbehörde, Finanzdeputation, Kuratorium der Stiftung; ferner die Spitzen, also Oberlandesgerichtspräsident, Generale, Oberste, Diplomaten, Generalkonsuln, Konsuln [...]. Man sollte im allgemeinen den Kreis *weit* ziehen“.²³ Wie weit ein solcher Kreis schon vor der Gründung der Universität gezogen worden war, zeigt die

19 Staatsarchiv Hamburg (StA Hbg.), 364-5 I Universität I, A.170.1 Bd. I, Bausch an die Universitäten Tübingen und Würzburg, 16.7.1920.

20 Kontinuitäten über das Gründungsjahr 1919 hinaus betont auch Vogel (wie Anm. 3), S. 13.

21 Vgl. zum Kolonialinstitut Jens Ruppenthal, *Kolonialismus als „Wissenschaft und Technik“*. Das Hamburgische Kolonialinstitut 1908 bis 1919. Stuttgart 2007 (= Historische Mitteilungen, Beihefte, Bd. 66).

22 StA Hbg., 364-7 Professorenrat des Kolonialinstituts, R I 1-1, Thilenius an von Melle, 26.6.1908.

23 StA Hbg., 364-7 Professorenrat des Kolonialinstituts, R I 1-1, Thilenius an Förster, 22.9.1908 [Hervorhebung im Original].

464 Namen umfassende Einladungsliste anlässlich des ersten Amtswechsels im Professorenrat 1910.²⁴ Als ein Jahr später das Vorlesungsgebäude und spätere Hauptgebäude der Universität eingeweiht wurde, regelte ein detaillierter Plan die Anordnung von immerhin 67 Personen auf dem Podium des Hörsaals A.²⁵ Hier wurden fortan die Amtswchsel des Kolonialinstituts und später die Reichsgründungsfeiern zelebriert.²⁶ Mit dem Zweiklang aus einer dem Anlass gemäßen Ansprache und einem Fachvortrag war auch die Art des Ablaufs früh gefunden.²⁷ Die Reichsgründungsfeiern stützten sich somit – hinsichtlich Ort, Redefolge, Gästelisten – wesentlich auf Kontinuitätslinien akademischer Festkultur in Hamburg, die in die Zeit vor 1919 zurückreichen.²⁸

Die Anfänge der Reichsgründungsfeiern in Hamburg – ein Festakt unpolitischer Akademiker?

Die Gründung des Deutschen Reiches jährte sich 1921 zum fünfzigsten Mal, ein Ereignis, das vielerorts vor allem konservativen Kreisen Anlass zu Feierlichkeiten gab. Wie an anderen Universitäten drängten auch in Hamburg Studenten auf eine Reichsgründungsfeier.²⁹ Am 10. Dezember 1920 beschloss der AStA, einen Gedenktag abzuhalten, und beantragte für den 18. Januar 1921 einen Dies academicus.³⁰ Mit nur einer Gegenstimme, derjenigen des Strafrechtlers und dezidierten Demokraten Moritz Liepmann, stimmte der Universitätssenat dem Antrag zu.³¹ Anders als Liepmann stand der Rektor, der Völkerkundler Georg Thile-

24 StA Hbg., 364-7 Professorenrat des Kolonialinstituts, R II 2-1, Einladungsliste, 8.10.1910.

25 StA Hbg., 364-7 Professorenrat des Kolonialinstituts, H IV 4-1, „Plan über die Verteilung der Plätze auf dem Podium des Hörsaals A für die Einweihungsfeier des Vorlesungsgebäudes am 13. Mai 1911“.

26 Im Jahr 1931 fand die Feier anlässlich des 60. Jahrestages zusammen mit dem staatlichen Akt in der Musikhalle statt, siehe unten S. 89 f.

27 StA Hbg., 364-7 Professorenrat des Kolonialinstituts, R I 1-1, Thilenius an von Melle, 26.6.1908.

28 Vgl. die das Neue betonende Interpretation bei Kibbel (wie Anm. 10), S. 81.

29 Der studentischen Initiative wurde zum Beispiel in Gießen gefolgt, während sie in Heidelberg erfolglos blieb. Vgl. Ossner (wie Anm. 5), S. 158; Engelhausen (wie Anm. 5), S. 523.

30 StA Hbg., 364-5 I Universität I, AStA an Universitätssenat, 11.12.1920.

31 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. II, S. 43, Protokoll der 56. Senats-sitzung vom 10.12.1920.

nius, der studentischen Initiative sehr wohlwollend gegenüber: Er genehmigte nicht nur die Nutzung des Hörsaals A für die Feier,³² sondern erklärte sich zudem zu einer Ansprache bereit.³³ Mit dieser von Studenten geforderten und organisierten Feier beginnt in Hamburg die Geschichte der Reichsgründungsfeiern.³⁴ Wie in den Folgejahren fielen anlässlich des 18. Januar die Vorlesungen aus, und der größte Hörsaal der Universität beherbergte eine Feier, auf der der Rektor und der Vorsitzende der Studentenschaft Ansprachen hielten. Ebenfalls erfreute sich schon die erste Feier hochkarätiger Gäste wie der ehemaligen Bürgermeister Max Predöhl und Werner von Melle. Die erste Feier der Universität 1921 verdeutlicht außerdem die Rolle der Studenten, die einen größeren Einfluss hatten, als sich aus den professoralen Akten erschließt: Die Reichsgründungsfeiern in Hamburg wurden eben nicht auf Initiative des Hochschulverbands oder des Akademischen Senats eingeführt, sondern aufgrund einer Forderung der Studenten. Freilich darf der studentische Einfluss innerhalb der Universität nicht überbewertet werden; es blieb der Universitätssenat, der Entscheidungen fällte, wie dessen Organisation der späteren Feiern zeigt. Die studentische Forderung einer universitären Reichsgründungsfeier in Hamburg offenbart eine interessante Parallele bei Professoren und Studenten: die Selbstwahrnehmung als unpolitische Akademiker, die ihre nationalen und konservativen Einstellungen als nicht politisch ansahen. Ein Jahr zuvor, Ende 1919, hatte der AStA noch beantragt, „daß Vereinigungen jeglicher Art die Benutzung von Universitätsräumen zur Abhaltung von Versammlungen [...] untersagt wird“. Nur fachwissenschaftliche Vorträge seien zulässig, denn: „Die Universität soll dem Studium dienen“.³⁵ Trotzdem eine Reichsgründungsfeier abzuhalten, die von Pazifisten und Sozialisten als politisch identifiziert und inhaltlich abgelehnt wurde, schien den Studentenvertretern nicht als Widerspruch.

32 Die Anfrage des AStA, samt handschriftlichem Vermerk: „genehmigt 14/I 21 Th.“, in: StA Hbg., 364-5 I Universität I, AStA an Rektor, 13.1.1921.

33 Vgl. für die folgende Darstellung der Feier des Jahres 1921: Tagesbericht. Der 18. Januar 1921. In: Hamburger Nachrichten vom 18.1.1921.

34 Bisherige Erwähnungen der Feiern setzen den Beginn im Jahre 1922 an; vgl. Eckardt (wie Anm. 9), S. 186 f.; Kibbel (wie Anm. 10), S. 80.

35 StA Hbg., 364-5 I Universität I, O.10.6, AStA an Universitätssenat, 25.11.1919.

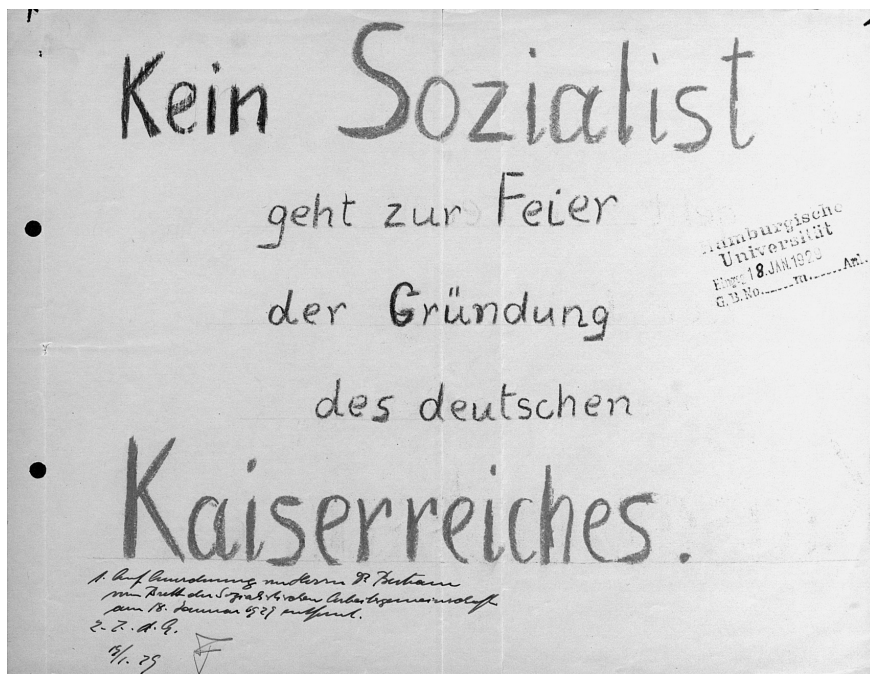


Abb. 1 Anschlag am Brett der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft; am 18. Januar 1929 auf Anordnung des Universitätssyndikus Alfred Bertram entfernt

Dabei war die Reichsgründungsfeier von Anfang an Gegenstand politischer Auseinandersetzung, deren konkurrierende Deutungsversuche sich der Presse entnehmen lassen. Die konservativen „Hamburger Nachrichten“ berichteten über die erste akademische Reichsgründungsfeier sehr wohlwollend, honorierten die studentische Initiative und lobten die „ernste und würdige Feier“.³⁶ Der Ernst der Lage war der Tenor des Artikels, und so wurde das graue Januarwetter in Verbindung mit dem Jahrestag gebracht: „Dunkel und verhangen der Himmel, in Strömen gießt es herab, es scheint, daß selbst der Himmel über den heutigen Zustand des Deutschen Reiches weint.“ Das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ ignorierte die universitäre Feier weitgehend und fragte nur knapp: „Was

³⁶ Tagesbericht. Der 18. Januar 1921. In: Hamburger Nachrichten vom 18.1.1921.

soll uns die Erinnerung an die ‚Kaiser-Proklamation?‘³⁷ Die Zeitung lehnte die Feier und eine Berichterstattung ab, wie eine Erklärung aus dem Jahr 1927 zeigt: Man denke „nicht daran, einen Bericht über eine Reichsgründungsfeier, die verdammt nach Sehnsucht nach vergangener monarchistischer Herrlichkeit aussieht, zu bringen“.³⁸

Nach der Feier des Jahres 1921 übernahm der Universitätssenat die Verantwortung für die Reichsgründungsfeier und legte am 25. November deren künftigen Ablauf fest.³⁹ Obwohl sich der Universitätssenat hierbei auf einen Beschluss des Hochschulverbandes berief, entschied er sich eigenständig für die Feier. Dass die Vorgaben des Verbandes nicht einfach übernommen wurden, zeigt die spätere Ablehnung des Vorschlags, auf der Reichsgründungsfeier der Toten des Weltkriegs zu gedenken.⁴⁰ Der erprobte Zweiklang von Ansprache und Fachvortrag bildete den Kern der Veranstaltung. Für den Fachvortrag wurde entschieden, „die Bestimmung des Redners bei der jedesmaligen Feier in den einzelnen Fakultäten im ordnungsgemäßen Turnus stattfinden zu lassen“.⁴¹ Diese frühe Entscheidung, die Reichsgründungsfeier fest in den Feiernkatalog aufzunehmen, zeigt zudem die positive Resonanz auf die Feier des Jahres 1921. Für den musikalischen Rahmen wurde die Kapelle der Ordnungspolizei gewonnen, die, vorerst noch gegen eine Vergütung, den Ein- und Auszug der Professoren mit einem Marsch begleitete.⁴²

Obwohl der Universitätssenat somit den Ablauf allein bestimmt hatte, beauftragte er den Syndikus am 9. Dezember, mit den Studenten ihre Mitwirkung abzusprechen.⁴³ Die Studenten, die hinsichtlich der Organisation übergegangen worden waren, äußerten Kritik, die aus dem Senatsprotokoll nicht ersichtlich wird. Dort heißt es lapidar, der „Syndikus

37 Was soll uns die Erinnerung an die „Kaiser-Proklamation“? In: Hamburger Echo vom 18.1.1921.

38 Reichsgründungsfeier der Universität. In: Hamburger Echo vom 14.1.1927.

39 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. II, S. 255, Protokoll der 81. Senats-sitzung vom 25.11.1921.

40 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. II, S. 279, Protokoll der 85. Senats-sitzung vom 6.1.1922.

41 Von diesem Turnus wurde jedoch in den Jahren 1930 und 1931 abgewichen, als erst die medizinische und dann die juristische Fakultät den Redner stellten.

42 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 1, Fromm an Thilenius, 4.1.1922; ab 1926 spielte das Orchester unentgeltlich: StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 5, Danner an Laun, 15.1.1926.

43 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. II, S. 261, Protokoll der 83. Senats-sitzung vom 9.12.1921.

berichtet über [...] die sich hierbei durch den Ring ergebenden Schwierigkeiten“.⁴⁴ Der Deutsche Hochschulring war die Vereinigung der konservativen studentischen Verbindungen. Es kann vermutet werden, dass Teile der „Schwierigkeiten“ aus der wissenschaftlichen Ausrichtung der Feier resultierten, auf der zudem kein studentischer Redner vorgesehen war. Die Mitwirkung der Studenten war auf das Chargieren der Korporationen beschränkt, füllte aber dennoch eine wichtige Funktion aus: Indem sie hinter dem Lehrkörper Aufstellung bezogen, zeigten die korporierten Studenten die Zusammengehörigkeit mit ihren Lehrern. Dies gab der Universität Gelegenheit, nach außen Geschlossenheit zu demonstrieren. Die Studenten, die ihren Einfluss auf die Gestaltung der Feier weitgehend verloren hatten, zelebrierten fortan einen eigenen Festkommers in Sagebiel's Fährhaus. Hier wurde unter den Farben des untergegangenen Reiches eine explizit vergangenheitsverherrlichende Feier abgehalten, an der auch Professoren teilnahmen, darunter 1931 der Rektor, der Mediziner Ludolph Brauer.⁴⁵ Zugleich lässt diese „Gegenfeier“ die offizielle Veranstaltung der Universität unpolitischer und nüchterner erscheinen. Manche der hier gehörten Vorträge ließen durchaus Anknüpfungspunkte an nationale Fragen zu: Der Mediziner Friedrich Fülleborn sprach 1923 über den „Wiederaufbau und die deutsche Wissenschaft“ und der Geologe Georg Gürich 1925 über die „Deutsche Forscherarbeit zur Geologie Afrikas“.⁴⁶ Den Protest der Studenten erregte jedoch der oft fehlende Bezug zum Anlass der Feier, der durch den Beginn des Vortrags des Zoologen Hans Lohmann im Jahr 1929 geradezu ironisch verdeutlicht wird: „An einem Tage wie dem heutigen, an dem wir mit Stolz die 58. Wiederkehr des Tages feiern, an dem das Deutsche Reich gegründet wurde, wird es sich geziemen, den Blick auf ein möglichst umfassendes Gebiet zu richten, das auch für den Menschen von Bedeutung ist. Die *Tierwelt der Erde* [...]“.⁴⁷

44 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. II, S. 269, Protokoll der 84. Senats-sitzung vom 16.12.1921.

45 Reichsgründungskommers der vaterländischen Akademikerschaft Groß-Hamburgs. In: Hamburger Fremdenblatt vom 21.1.1931.

46 Vgl. StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 11, Liste der Festvorträge 1922-31, ohne Datum.

47 Hans Lohmann, *Die Tierwelt der Erde*. Rede, gehalten bei der Reichsgründungsfeier der Hamburgischen Universität am 18. Januar 1929. Hamburg 1929, S. 3 [Hervorhebung im Original].

Die Gästeliste der Feier des Jahres 1922 zeigt den Rückgriff auf vorherige akademische Feiern: Der politische Senat, die Spitzen der Behörden sowie Wirtschaftsvertreter aus Handels- und Gewerbekammer wurden geladen.⁴⁸ Die Einladungsliste wurde Jahr um Jahr erweitert. Aufgeführte Personen und Gruppen umfassten von Beginn an Reeder und Bankiers, später wurden auch Mitarbeiter der Hamburger Hochbahn genannt.⁴⁹ Das bereits 1908 formulierte Interesse von Georg Thilenius, mit der Öffentlichkeit in Verbindung zu treten, wurde so umgesetzt. Eine folgenschwere Entscheidung wurde ebenfalls 1922 getroffen: Die Universität verzichtete auf das Beflaggen des Gebäudes mit den republikanischen Farben. Dies geschah vor allem mit dem Hinweis, keinen Präzedenzfall schaffen zu wollen,⁵⁰ doch war genau dies – nur umgekehrt – der Fall: Spätere Versuche, Reichsgründungsfeier und Republik zu verbinden, wurden so erschwert.

Die folgende Reichsgründungsfeier 1923 fand in einem Spannungsfeld von Etablierung und Kritik statt. Die Auswahl der Gäste, die wachsende Beliebtheit der Feier und Anfragen nach weiteren Einladungskarten stehen für ihre Etablierung.⁵¹ Tatsächlich fand die Veranstaltung großen Anklang, der Hörsaal A war „bis auf den letzten Platz“ belegt,⁵² und mitunter blieb auch hochrangigen Gästen kein Sitz mehr.⁵³ Kritik hingegen erregte der spaltende Charakter der Feier. Bei seiner Ansprache betonte der Rektor, der Volkskundler Otto Lauffer, die Feier sei „der Erinnerung an die Gründung der deutschen Reichseinheit gewidmet“.⁵⁴ Dieser Erinnerung gab Lauffer eine kriegerische Wendung durch die Ergänzung, „Dozenten und Studenten aller deutschen Hochschulen haben mit ihrem Blut auf Frankreichs Schlachtfeldern geholfen, die Grundlagen für die Reichsgründung zu legen“. Lauffers anschließende Kritik am Versailler Vertrag, die ein wiederkehrendes Moment der Feiern werden sollte, war

48 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 1, Einladungsliste 1922.

49 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 2, Einladungsliste 1923.

50 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. II, S. 279, Protokoll der 85. Senats-sitzung vom 6.1.1922.

51 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 2, Fülleborn an Lauffer, 9.1.1923.

52 Der 18. Januar an der Universität. Die Stimme der Wissenschaft. In: Hamburgischer Correspondent vom 18.1.1923.

53 Vgl. z. B. den Fall des wegen Überfüllung abgewiesenen Generalkonsuls Johann Seidler: StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 2, Lauffer an Seidler, 22.1.1923.

54 Der 18. Januar an der Universität. Die Stimme der Wissenschaft. In: Hamburgischer Correspondent vom 18.1.1923.

weder überraschend noch explizit antirepublikanisch, sie spiegelte vielmehr die offizielle Politik der Republik. Die Art seiner Kritik allerdings war beißend: Aggressiv wandte er sich gegen die „Knute“ Frankreichs im Rheinland und rief dazu auf, den „kraftzermürbenden Streit im Innern“ zu bekämpfen.

Die revisionistischen Forderungen und der Aufruf zu innerer Einheit waren zumindest implizit antidemokratisch und ein Beispiel für die „gegen die Republik erfundene Feier“. Der erneute Verzicht, die Farben der Republik zu hissen, kann als symptomatischer Kompromiss einer entscheidungsschwachen Republik gewertet werden.⁵⁵ Einen Tag später rechtfertigte der Präses der Hochschulbehörde, der DDP-Politiker und spätere Bürgermeister Carl Petersen, in einem Schreiben an die Hamburger Tageszeitungen das Ausbleiben der Beflaggung. Seine Erklärung belegt auch die erhebliche Außenwirkung der universitären Feier. Pazifisten, die wegen des Verzichts auf die republikanischen Farben ein Verbot der Veranstaltung gefordert hatten, hielt Petersen entgegen, dass „die Abhaltung der Feier ausschließlich Sache der Universität [ist] und der Gegenstand der Feier mir nicht Veranlassung geben kann, in das Selbstverwaltungsrecht der Universität einzugreifen. Diese [...] neutrale Stellung des Staates gegenüber dieser Feier war auch der Grund, weshalb das Staatsgebäude der Hochschulbehörde am 18. Januar nicht beflaggt wurde. Es ist un wahr, daß das unterblieben ist auf Protest der studentischen Korporationen, im Gegenteil hat der Herr Rektor, wie er mir berichtet hat, schon vor der Feier [...] die Zusage ihrer Beteiligung erhalten.“⁵⁶

Wie schwer sich die Hochschulbehörde tat, gegenüber der Reichsgründungsfeier der Universität eine angemessene Haltung zu finden, wird in diesem Schreiben deutlich. Das „Hamburger Echo“ druckte den Brief und höhnte, so qualifiziere sich Petersen für einen Hamburger Ehrendokortitel und werde zudem von den Völkischen aufgenommen.⁵⁷ Die „Hamburger Nachrichten“ beantworteten diesen Kommentar ihrerseits und lobten die Anerkennung des demokratischen Prinzips der Selbstverwaltung durch den „arme[n] Senator Petersen“, den das „Echo“ doch eigentlich loben müsste.⁵⁸ Anders als gegenüber der Öffentlichkeit zeigt sich die Hochschulbehörde in einem Schreiben an den Rektor fester:

55 Eckardt (wie Anm. 9), S. 187.

56 StA Hbg., 135-1 IV Staatliche Pressestelle, 5390, Petersen an alle Tageszeitungen, 19.1.1923.

57 Der Hochschulsenator und die Reichsflagge. In: Hamburger Echo vom 20.1.1923.

58 Der arme Senator Petersen. In: Hamburger Nachrichten vom 21.1.1923.

„Der Herr Präses läßt daher vorschlagen, demnächst in eine kommissarische Besprechung mit der Hochschulbehörde darüber einzutreten, wie derartigen, das Trennende betonenden Vorkommnissen vorgebeugt werden kann und ob es vielleicht im Interesse der Universität gelegen ist, in Hamburg einen anderen Tag als Dies academicus zu wählen.“⁵⁹ Über das von Petersen angedrohte Ende der Reichsgründungsfeiern wurde im Universitätssenat im Februar 1923 diskutiert. Wieder ergriff Moritz Liepmann, wie schon 1920, die Chance, sich gegen die Reichsgründungsfeiern auszusprechen, „da sich eine Reihe von Unzuträglichkeiten in Verbindung damit ergeben hätte“.⁶⁰ Liepmann sah das antidemokratische Potenzial der Feiern deutlicher als seine Kollegen und regte an, Stellungnahmen von den Fakultäten einzuholen – ein Versuch, die Mehrheitsverhältnisse im Universitätssenat zu umgehen, auf dessen Zuständigkeit jedoch der Botaniker Hans Winkler insistierte. Die Diskussion wurde ausgesetzt, um beim Hochschulverband nachzufragen, ob an anderen Universitäten ebenfalls Reichsgründungsfeiern stattgefunden hätten. Als der Verband versicherte, an allen Hochschulen sei gefeiert worden,⁶¹ entschied der Universitätssenat Ende April 1923, an dem Dies academicus festzuhalten, jedoch in Zukunft ohne besondere Ansprache des Rektors.⁶²

Konstruktion von Tradition – Die Reichsgründungsfeiern unterliegen weiteren Veränderungen

Bei seiner Begrüßung zur Reichsgründungsfeier am 18. Januar 1930 konstatierte der Rektor, der Philosoph Ernst Cassirer, trotz der jungen Tradition der Feier habe „dieser Brauch nun schon sein unangefochtenes Recht und seine feste Stelle erworben“.⁶³ Richtig an dieser Feststellung

59 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 2, von Wrochem an Lauffer, 24.1.1923.

60 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. II, S. 422, Protokoll der 111. Senats-sitzung vom 9.2.1923.

61 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 2, Verband der Deutschen Hoch-schulen an Lauffer, 20.2.1923.

62 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. II, S. 438, Protokoll der 113. Senats-sitzung vom 27.4.1923.

63 Begrüßungsansprache des Rektors, Professor Dr. Ernst Cassirer, zur Reichsgrün-dungsfeier der Hamburgischen Universität am 18. Januar 1930. In: Ernst Cassirer, Philosophie und Politik. Mit Beilagen. Hrsg. von John Michael Krois und Christian

ist, dass zwar die Frage, ob die Feiern abgehalten werden sollten, nach 1923 nicht mehr zur Diskussion stand, sie täuscht jedoch darüber hinweg, dass deren Ablauf und Inszenierung weiter modifiziert wurden.

Bei der Feier im Jahre 1925 wurde eine studentische Ansprache zugelassen, „unter der Bedingung, daß die Ansprache nichts enthält, was andere politische Parteien [...] verletzen könne“.⁶⁴ Zudem war das Manuskript vorab einzureichen. Doch schon ein Jahr später gab es keinen studentischen Vortrag mehr – und das obwohl die Reichsgründungsfeier des Jahres 1926 „mit Rücksicht auf den Fortfall einer Rektoratsübergabe etwas festlicher“ gestaltet werden sollte.⁶⁵ Außerdem wurde 1926 überlegt, eine Kundgebung für das Grenz- und Auslandsdeutschtum mit der Feier zu verbinden.⁶⁶

Da die Studentenschaft im Rahmen dieser großdeutschen Feier am Wochenende des 16. und 17. Januar ein Sportfest plante, regten Otto Lauffer und der Indologe Walther Schubring an, die Reichsgründungsfeier ebenfalls auf den 16. Januar zu legen.⁶⁷ Der folgende Beschluss, die Feier zu verlegen, „falls die Studentenschaft in der geplanten Weise ihre Kundgebung veranstalten wird“, zeigt erneut den Willen des Universitäts-senats, die Studenten einzubinden, und die Befürchtung, eine parallele Veranstaltung der Studenten könne die Reichsgründungsfeier beeinträchtigen. Obwohl das Sportfest wie geplant stattfand, wurde die Reichsgründungsfeier nicht verlegt. Offenbar hatten die Studenten weniger Probleme, zwei nationale Festakte der Universität innerhalb weniger Tage abzuhalten. Nur ein Jahr später wandte sich der AStA an den Rektor mit der Frage, ob nicht, „dem alten Brauche folgend, auch ein Vertreter der Studentenschaft ein paar Worte sprechen soll“.⁶⁸ Dem „alten Brauche“ wurde samt vorheriger Kontrolle des Manuskriptes gefolgt,⁶⁹ doch bereits zwei Jahre später, 1929, fiel der studentische Vortrag erneut aus. Wie noch zu zeigen

Möckel. Hamburg 2008 (= Ernst Cassirer. Nachgelassene Manuskripte und Texte, Bd. 9), S. 81-83, hier S. 81.

64 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 4, Laun an AStA, 23.12.1924.

65 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 5, Laun an Terhalle, 22.10.1925; die Rektoratsübergabe fiel im Wintersemester 1925/26 aus, weil Rudolf Laun ein zweites Mal hintereinander zum Rektor gewählt worden war.

66 Ebd.

67 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. IV, S. 11 f., Protokoll der 148. Senats-sitzung vom 20.11.1925.

68 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 6, AStA an Nocht, 10.1.1927.

69 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. IV, S. 139, Protokoll der 160. Senats-sitzung vom 14.1.1927.

sein wird, variierte auch der Inhalt der studentischen Ansprachen erheblich. Obwohl meist konservative Redner sprachen und sich zum Teil offen gegen die Republik wandten, fanden manche auch integrierende Worte. Als dezidiert demokratische Ansprache bildet Hermann Buttenwiesers Rede von 1928 eine Ausnahme.⁷⁰

Nicht nur die studentische Mitwirkung an den Feiern blieb unstat. Ein Beleg dafür, dass die Reichsgründungsfeiern eher schleppend traditionalisiert wurden, ist die späte Diskussion über die Feier im Universitätsssenat am 5. Dezember 1924 außerhalb der Tagesordnung. Der für 1924 beschlossene Verzicht auf eine Ansprache des Rektors wurde bereits für die kommende Feier rückgängig gemacht, damit dieser „der Bedeutung des Tages gedenken“ konnte.⁷¹ Die späte Erinnerung an die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät, Redner und Fachvortrag zu bestimmen, erregte den Unmut ihres Dekans Peter Paul Koch, der bat, „dass in zukünftigen Fällen nicht erst im letzten Augenblick an die Fakultät herangetreten wird“.⁷²

Eine weitere Neuerung ergab sich durch das Tragen der Talare ab 1928.⁷³ Bereits ein Jahr zuvor hatte der Mediziner Wilhelm Weygand angeregt, die repräsentative Amtstracht zu wählen, jedoch wurde wenige Tage vor der Feier beschlossen, doch im Gehrock zu erscheinen.⁷⁴ Das Anlegen des Ornats versinnbildlicht die Kooptation der Reichsgründungsfeier in die akademische Tradition: Sie wurde Brauch, auch wenn ihr Ablauf fortwährenden Änderungen unterlag. Die Wandelbarkeit der Feiern erhöhte gleichzeitig die Chance, sie republikanisch zu besetzen. Die Festlegung, welche Strophen des Deutschlandliedes anzustimmen seien, bot hier ebenso Spielraum wie die Ansprache des jeweiligen Rektors vor dem wissenschaftlichen Fachvortrag.

70 Ansprache von Hermann Buttenwieser auf der akademischen Reichsgründungsfeier als Vertreter der Hamburger Studentenschaft. In: Hamburger Universitätszeitung, Sommersemester 1928, 1 [ohne Datum], S. 580-583.

71 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. III, S. 94 f., Protokoll der 132. Senatsitzung vom 5.12.1924.

72 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 4, Koch an Laun, 19.12.1924.

73 Vgl. zur Einführung der Talare in Hamburg Kibbel (wie Anm. 10), S. 87-93.

74 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. IV, S. 139, Protokoll der 160. Senatsitzung vom 14.1.1927.

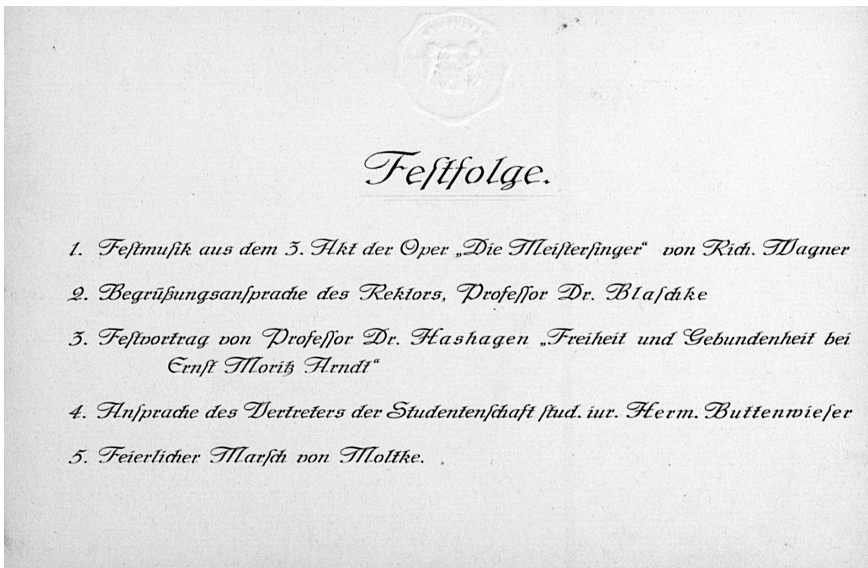
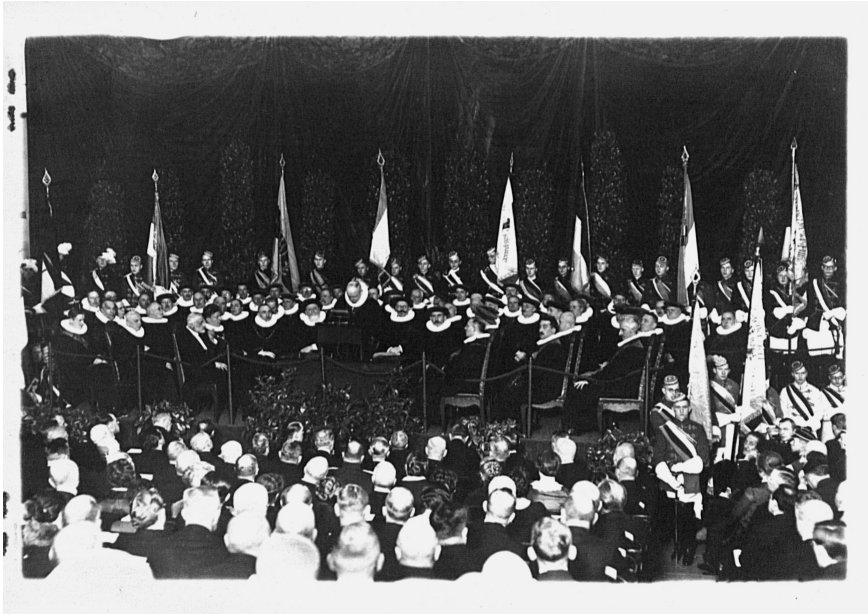


Abb. 2 und 3: Reichsgründungsfeier im Hörsaal A der Hamburgischen Universität, 18. Januar 1928

Reichsgründungsfeiern in ruhigerem Fahrwasser – eine republikanische Chance?

Als Mitte der 1920er Jahre für die Weimarer Republik eine Phase relativer Stabilität begann, eröffneten sich auch an der Hamburgischen Universität Chancen für mehr Verständigung zwischen traditionellen und fortschrittlichen Kräften. Immerhin war es 1924 möglich, dass mit Rudolf Laun das einzige SPD-Mitglied unter den Ordinarien zum Rektor gewählt wurde.⁷⁵ So fand am 17. Januar 1925 – der 18. fiel auf einen Sonntag – die Reichsgründungsfeier unter der Ägide eines bekennenden Republikaners statt. Trotzdem stand auch diese Feier in einem revisionistischen Licht. Nach dem Fachvortrag von Georg Gürich über „Deutsche Forscherarbeit zur Geologie Afrikas“, der in der Forderung der Wiedererlangung von Kolonien gipfelte, ergriff der Student Hans Paul Müller das Wort. Nach der Versicherung, Bismarcks Schöpfung habe „im Weltkrieg ihre volle ungeheure Kraft und Ausdauer bewiesen“, beklagte Müller, dass „durch die Diktate von Versailles und St. Germain die Verwirklichung des alten Traumes von der deutschen Einheit genommen [ist]“.⁷⁶ Laun selbst wählte ambivalente Worte bei seinen abschließenden Bemerkungen: „In einer feindlichen Welt von Zerstörung und Knechtung ist uns als einziges und kostbarstes Gut die Einheit des Reiches und des deutschen Rechts übrig geblieben.“ Während die Betonung der „Knechtung“ der extremen Rechten in die Hände spielte, die die Republik nur als innere Ausgestaltung des „Versailler Diktats“ wertete,⁷⁷ betonte die Erhaltung der Einheit „als kostbarstes Gut“ die Rechtskontinuität vom 1871 gegründeten Deutschen Reich über die Revolution hinweg bis in die Republik. Laun entsprach mit seinem Versuch, als Sozialdemokrat nationale Zuverlässigkeit zu demonstrieren, den staatstragenden Kräften in der SPD. So ist seine Ansprache exemplarisch für die Bemühung, die Feier der Reichsgründung 1871 mit der Republik zu verknüpfen. Die Betonung der fortwährenden Einheit wurde zur republikanischen, die Klage über Parteienstreit zur monarchistischen Chiffre. Auch im kommenden Jahr

75 Vgl. Rainer Hering, *Der „unpolitische“ Professor? Parteimitgliedschaften Hamburger Hochschullehrer im „Dritten Reich“*. In: Krause, *Hochschulalltag* (wie Anm. 3), Teil I, S. 85-111, hier S. 92.

76 Reichsgründungsfeier der Hamburgischen Universität. In: *Hamburger Fremdenblatt* vom 17.1.1925.

77 Vgl. z. B. Hans Beyer: *Die Mode des Junctims*. In: *Hamburger Universitäts-Zeitung*, Sommersemester 1930, 4, vom 10.7.1930, S. 79.

hatte Laun die Möglichkeit, verbindende Elemente hervorzuheben. Den Kollegen bewies er erneut seine patriotische Gesinnung, indem er hoffte, „daß es uns nach langem zähen Kampf gelingen wird, alle die von uns getrennten Brüder in einem geschlossenen Sprachgebiet mit uns zu vereinen“.⁷⁸ Exemplarisch für das Unvermögen, die Feier der Reichseinheit in einen republikanischen Kontext zu stellen, der ebenfalls Recht und Freiheit betont, steht das abschließende Singen nur der ersten Strophe des Deutschlandliedes. So trugen die Feiern auch weiterhin antirepublikanische Züge, obwohl der Versuch, sie mit der Republik zu verbinden und so ein integratives Moment zu schaffen, auch in den Folgejahren wiederholt wurde.

Die Ablehnung der Feier „monarchistischer Herrlichkeit“ durch das „Hamburger Echo“ 1927 veranlasste Rudolf Laun, der nun kommissarisch das dritte Mal die Feier geleitet hatte, in einem längeren Schreiben an Schulsenator Emil Krause seine Sichtweise der Feier darzulegen.⁷⁹ Von Sozialdemokrat zu Sozialdemokrat versicherte er zuerst, „daß die hier ausgesprochene Verdächtigung der Universität völlig unbegründet ist“, da im Zentrum der Feier ein wissenschaftlicher Fachvortrag stehe. Er betonte, die „kurze Ansprache des studentischen Vertreters wurde jedesmal vorher vom Rektor oder Syndikus durchgelesen und genehmigt und beschränkte sich ebenso wie meine Schlußansprache auf eine ganz allgemeine Würdigung des Tages, die von allen Parteien, ausgenommen höchstens einem grundsätzlich staatsfeindlichen Anarchisten, akzeptiert werden kann“. So wie Laun auf republikferne Kreise zugeht, indem er als Republikaner patriotische Ansprachen hielt und Kontinuitätslinien betonte, versuchte er ebenfalls bei kritischen Demokraten Verständnis zu gewinnen: „Außerdem glaube ich, daß solche Notizen der Sache, der sie nützen wollen, geradezu schaden, denn in weiten Kreisen der Leser des Echo, die bei der Feier am 18. Januar nicht zugegen waren, wird nun die Vorstellung bestehen, daß hier tatsächlich eine monarchistische Kundgebung stattgefunden hat, und daß die Wissenschaft sich geschlossen auf die Seite der monarchistischen Staatsform stellt, was doch zweifellos nicht der Wahrheit entspricht.“ Das „Echo“, das dahingehend von Krause unterrichtet wurde, titelte daraufhin „Keine monarchistische Tendenz“ und berichtete in den folgenden Jahren recht wohlwollend von den Feiern.⁸⁰

78 Reichsgründungsfeier der Universität. Bürgermeister Dr. Petersen zum Ehrenmitglied ernannt. In: Hamburgischer Correspondent vom 18.1.1926.

79 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 6, Laun an Krause, 19.1.1927.

80 Keine monarchistische Tendenz. In: Hamburger Echo vom 21.1.1927.

Neben Rudolf Laun versuchten auch andere Republikaner, die Reichsgründungsfeier zu prägen. 1928 sprach der demokratische Student Hermann Buttenwieser. Auch seine Ansprache macht deutlich, dass sich pathetisches Nationalgefühl, großdeutsche Begeisterung und ein Bekenntnis zur Weimarer Reichsverfassung nicht ausschließen mussten. Gerade den Wunsch nach der Vereinigung des Deutschen Reichs mit Österreich nutzte Buttenwieser für eine Verbindung von Reichsgedanken und Republik, da diese den Anschluss als „Aufgabe klar erkannt hat und insbesondere im Artikel 61 der Weimarer Verfassung die Staatsrechtlichen Grundlagen“ gelegt habe.⁸¹ Buttenwieser forderte mehr innere Einigkeit und schloss in der Hoffnung, „daß dieser Erinnerungstag in kommenden Jahren mit *ungetrübter und ungeteilter Freude* von *allen* Deutschen gefeiert werden kann, weil die großen Aufgaben erfüllt sind, die die Vorbedingungen und Grundlagen eines glücklichen Deutschlands sind, die drei Aufgaben, von denen der Dichter des Deutschlandliedes gesungen hat: Einigkeit und Recht und Freiheit“.⁸²

Die Versuche der Verbindung von Reichsgründung und Republik dürfen nicht über die fortdauernde Unversöhnlichkeit rechter Gruppen mit der Demokratie hinwegtäuschen. Dass Buttenwieser, wie das „Hamburger Echo“ lobend hervorhob,⁸³ „als Vorsitzender der Demokratischen Studentengruppe und Jude auf Vorschlag der arischen Studentenvertreter sprach“, hatte schon im Vorwege zum Protest des „Hochschulrings deutscher Art“ geführt. In einem Brief an den Rektor hieß es, Buttenwieser könnte „einen Mißton in die Feier“ bringen.⁸⁴ Die Erklärung des Hochschulrings, sich nicht zu „Unbesonnenheiten“ hinreißen zu lassen, mutet wie eine Drohung an, antidemokratische und antisemitische Energien könnten nur schwerlich noch zurückgehalten werden.

Auch die Reichsgründungsfeier 1930 hatte, vor allem geprägt durch das Rektorat Ernst Cassirers, demokratische Bezüge. Cassirer führte in seiner Ansprache aus, auch eine geschichtliche Feier müsse den Blick in die Zukunft richten; diese könne „im wahrhaft nationalen Sinne nur dann errungen werden [...], und nur dann Bestand haben, wenn sie zugleich in geistigem Sinne gefestigt und kraft der inneren Freiheit des Geistes ge-

81 Buttenwieser (wie Anm. 70), S. 582.

82 Ebd., S. 583 [Hervorhebung im Original].

83 Reichsgründungsfeier der Universität. In: Hamburger Echo vom 19.1.1928.

84 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 7, Hochschulring an Blaschke, 16.1.1928.

sichert ist“.⁸⁵ Von dem alljährlich gesungenen Deutschlandlied wurde in diesem Jahr nur die dritte Strophe intoniert. Im folgenden Jahr, anlässlich der sechzigsten Wiederkehr der Reichsgründung, feierte die Universität zusammen mit dem politischen Senat. Daher wurde die Reichsgründungsfeier in die größere Musikhalle verlegt. Die gemeinsame Feier zeigt nicht nur die Identifizierung der Stadt mit der akademischen Reichsgründungsfeier, sondern ebenfalls deren Stellenwert, denn auch 1931 lud die Universität zu der gemeinsamen Feier.

Als erster Sprecher forderte Hochschulsenator Paul de Chapeaurouge das Verstummen des trennenden Streits. Danach würdigte der DVP-Politiker die Gründung der Reichseinheit, betonte deren Bewahrung durch Friedrich Ebert und spannte den Bogen weiter zum amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg.⁸⁶ Die Konstruktion eines Kompromisses von „rechts“ und „links“ konnte kaum deutlicher ausfallen als durch das Zeichnen einer Linie Bismarck-Ebert-Hindenburg. Die Ansprache des national-konservativen Studenten Hans Heesch ist überraschenderweise ebenfalls von einer Verbindung von staatstreuen und nationalen Bezügen geprägt.⁸⁷ Als integrierende Geste eröffnete der sonst antirepublikanische Heesch seine Ausführungen mit einem Zitat des Sohns des „bekanntesten sozialistischen Führers“ Otto Braun.⁸⁸ Später rückte er den großdeutschen Gedanken in den Mittelpunkt und appellierte an das Verantwortungsbewusstsein der Studenten, die er auf ihre zukünftige staatstragende Rolle hinwies. Seine ansonsten eher besonnene Ansprache gipfelte allerdings in dem Ausruf: „Deutschland soll leben und wenn wir sterben müssen“.

Wenn es eine Zeit gab, in der die akademischen Reichsgründungsfeiern wenn nicht demokratisch, so doch zumindest „vernunftrepublikanisch“ waren, endete sie wohl 1930, spätestens 1931, als das letzte Mal republikanische Identifikationsfiguren wie Friedrich Ebert und Otto Braun Erwähnung in den Ansprachen fanden. Seit Mitte der 1920er Jahre hatten die Republikaner Laun, Cassirer und Buttenwieser Akzente setzen können, die schließlich auch das zuvor kritische „Hamburger Echo“ dazu veranlasste, in die positive Berichterstattung konservativer Blätter einzu-

85 Cassirer (wie Anm. 63), S. 83.

86 StA Hbg., 135-1 IV Staatliche Pressestelle, 5390, Ansprache de Chapeaurouge, 17.1.1931.

87 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 10, Ansprache Heesch, 1931.

88 Heesch hatte sich zuvor öffentlich gegen das Weimarer System ausgesprochen, vgl. Vogel (wie Anm. 3), S. 28, 73.

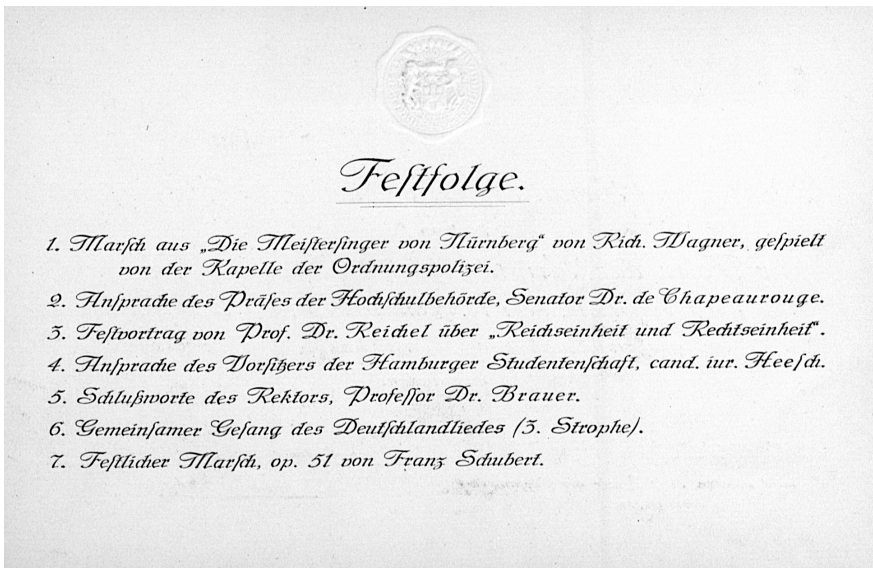
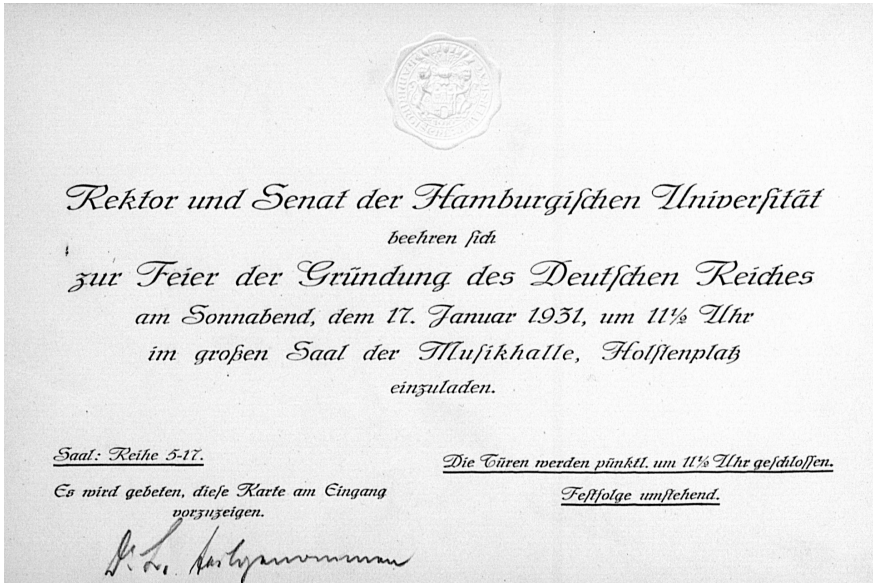


Abb. 4 und 5: Einladungskarte und Festfolge zur Reichsgründungsfeier in der Musikhalle 1931

stimmen. Das Jahr 1930 könnte als Höhepunkt republikanisch mitgeprägter Reichsgründungsfeiern gewertet werden. Doch in jenem Jahr, in dem die Universität zum einzigen Mal auch die Weimarer Verfassung würdigte, wurde zugleich die tiefe Zerrissenheit deutlich, die die Universität prägte.

Der schwierige Weg zur Verfassungsfeier von 1930 – Reichsgründung vs. Reichsverfassung?

Der überzeugte Demokrat Ernst Cassirer wurde 1929 zum Rektor der Hamburgischen Universität gewählt. Diese Wahl – er war einer der ersten jüdischen Rektoren in Deutschland – war ein Bekenntnis zu Republik und Demokratie und stieß in völkischen Kreisen auf Gegenwehr.⁸⁹ Einige Korporationen verweigerten Cassirer die übliche Ehre, beim Rektoratswechsel zu chargieren. Manche Mitglieder des Universitätssensats, wie der ehemalige Korpsstudent Hans Much, befürworteten daraufhin ein demonstratives Vorgehen gegen dieses Ausscheren aus akademischen Gepflogenheiten. Cassirer selbst lehnte eine Rüge gegen die Korporationen ab, da „mit der Studentenschaft wichtigere Dinge zu verhandeln seien“.⁹⁰ Cassirers Vorbehalte gegen eine Zuspitzung des Konfliktes mit den radikalisierten Studenten können auch durch sein Ansinnen einer Verfassungsfeier begründet sein. Ein Bekenntnis der Universität zur republikanischen Verfassung am 11. August wurde zunächst mit Verweis auf die Semesterferien und später mit der Teilnahme des Universitätssensats beim entsprechenden Festakt der Stadt umgangen.⁹¹ Cassirer musste klar sein, dass es schwierig sein würde, nicht nur die Studenten, sondern auch die Kollegen für eine republikanische Kundgebung der Universität zu gewinnen. Während die Reichsgründungsfeier 1930 erneut ein Zugehen der re-

89 Vgl. zur Rektorwahl Cassirers und zum Stellenwert der akademischen Feiern in seiner Amtszeit 1929/30: Rainer Nicolaysen, Plädoyer eines Demokraten. Ernst Cassirer und die Hamburgische Universität 1919 bis 1933. In: István M. Fehér/Peter L. Oesterreich (Hrsg.), Philosophie und Gestalt der Europäischen Universität. Akten der Internationalen Fachtagung Budapest, vom 6.-9. November 2003. Stuttgart/Bad Cannstatt 2008 (= Schellingiana, Bd. 18), S. 285-328, hier S. 315-326.

90 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. Va, o.S., Protokoll der 181. Senats-sitzung vom 13.12.1929.

91 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.8, Heft 2, Auszug aus dem Protokoll des Universitätssensats vom 1.8.1919; Feser an die Mitglieder des Universitätssensats, 6.8.1929.

publikanischen auf die national-konservativen Kräfte an der Hochschule signalisierte, waren Letztere zu einem umgekehrten Zugeständnis nur schwerlich zu bewegen.

Offenbar als Kompromissvorschlag regte der Nationalökonom und Demokrat Heinrich Sieveking an, die Würdigung der Verfassung mit einer Feier anlässlich des Abzugs der französischen Besatzer aus dem Rheinland zu verbinden. Cassirer drängte den Universitätssenat im Laufe des Jahres 1930 mehrfach zur Diskussion über diese Feier. Nachdem im Februar kein Beschluss hatte gefasst werden können,⁹² entschied der Universitätssenat im Mai, „daß in diesem Jahr zunächst eine Rheinlandfeier, verbunden mit einer Verfassungsfeier veranstaltet und darüber nunmehr mit dem Asta verhandelt werden soll. Das Chargieren sei ein Recht, nicht eine Pflicht der Korporationen. Die Verfassung solle Gegenstand der Ansprache des Rektors sein; es erscheine zweckmäßig, daß der Vortrag ein im Zusammenhang mit der Rheinlandräumung stehendes geschichtliches Thema behandle.“⁹³

Das Angebot, ein nationales Thema in den Mittelpunkt der Verfassungsfeier zu stellen, beantwortete die akademische Rechte mit einem Kampf gegen das Junktum von Rheinlandfeier und Verfassungsfeier. Die studentischen Stellungnahmen wurden vor der Veranstaltung im „Hamburgischen Correspondenten“ und in den „Hamburger Nachrichten“ veröffentlicht. Im „Correspondenten“ drohten die Studenten mit „eine[r] Feier ohne Studentenschaft oder nur mit einer nichts als behördentreuen, unselbständigen studentischen Minorität“.⁹⁴ In den „Nachrichten“ beschrieben sie die Feier als Versuch, über die Rheinlandfeier die nationalistisch gesinnten Studenten „zu fangen“, um die Verfassungsfeier an der Universität zu etablieren.⁹⁵ Das „Echo“ antwortete, der angedrohte Konflikt sei unbedingt auszutragen, „denn es ist doch wohl selbstverständlich, daß es bei der Verfassungsfeier bleibt“.⁹⁶ Rektor und Universitätssenat waren in einer prekären Situation. Große Teile der Studentenschaft lehnten die Feier ab, und ein Festhalten an ihr würde den inneruniversitären

92 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. Va, o.S., Protokoll der 183. Senats-sitzung vom 21.2.1930.

93 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. Va, o.S., Protokoll der 184. Senats-sitzung vom 16.5.1930.

94 Universitätskonflikt? In: Hamburgischer Correspondent vom 6.6.1930.

95 Von den Hochschulen. Verfassungsfeier und Universität. In: Hamburger Nachrichten, 6.6.1930.

96 Studentische Arroganz. In: Hamburger Echo vom 8.6.1930.

Konflikt zuspitzen. Ein Verzicht hingegen wäre gleichbedeutend mit einem Sieg der antidemokratischen Studenten über den Senat gewesen. In der Senatsitzung, zu der Cassirer die ehemaligen Rektoren hinzugebeten hatte, führte er das Dilemma aus: Es widerspreche seiner „persönlichen Ansicht [...], eine Universitätsfeier zu veranstalten, an der sich nicht die gesamte Universität beteilige. Es erscheine jedoch als zweifelhaft, ob auf Grund der Äußerung des Asta von einer Feier auch jetzt noch Abstand genommen werden könne.“⁹⁷ Der Senat konnte sich trotzdem nicht zu einem endgültigen Bekenntnis zu der Feier durchringen, auch der ehemalige Befürworter Heinrich Sieveking erklärte, nun sei ein Festhalten an der gemeinsamen Feier „unmöglich“. Erst am 11. Juli bekräftigte der Universitätssenat seinen Entschluss und bestimmte den 22. Juli als Dies academicus.⁹⁸

Auf der Sitzung, zu der Cassirer erneut die Altrektoren geladen hatte, kam es zuvor zu lebhaften Auseinandersetzungen. Anlass war das schriftliche Ersuchen des Dekans der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät, Wilhelm Lenz, von der Feier abzusehen.⁹⁹ Obwohl Cassirer dem Dekan bedeutet hatte, es gehe nach Lage der Dinge nun „um die Frage, ob die Autorität der Universitätsbehörden aufrechterhalten werden solle oder nicht“, kamen Lenz die Fakultätskollegen Georg Gürich und Wilhelm Blaschke zu Hilfe. Anders als Blaschke betonten jedoch die anderen ehemaligen Rektoren Georg Thilenius, Emil Wolff und Rudolf Laun sowie der Mediziner Paul Sudeck, es sei erforderlich, an dem Beschluss festzuhalten. Cassirer hatte durch die hinzugezogenen ehemaligen Rektoren die Stimmung im Senat für die Verfassungsfeier begünstigt; der vormalige Rektor Otto Lauffer betonte sogar die Wichtigkeit, „klar zum Ausdruck zu bringen, daß die Verfassungsfeier auch künftig durchgeführt werden soll und nur in diesem Jahr aus besonderen Gründen eine gemeinsame Feier stattfindet“. Dieser Positionierung entsprach auch der Beschluss, „eine akademische Feier der Reichsverfassung und der Befreiung des Rheinlandes zu veranstalten“. Diese Namensgebung kann gleichzeitig als ein kleiner Sieg der Verfassungstreuen gewertet werden, war doch zuvor die umgekehrte Reihenfolge im Gespräch gewesen.

97 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. Va, o.S., Protokoll der 185. Senatsitzung vom 18.6.1930.

98 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4.1, Bd. Va, o.S., Protokoll der 186. Senatsitzung vom 11.7.1930.

99 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.8, Heft 2, Lenz an Universitätssenat, 10.7.1930.

Die Übernahme des Festvortrages durch Cassirer ist hingegen ambivalent. Einerseits war das Abrücken vom Schema von Ansprache und Fachvortrag das Ergebnis des langen Widerstandes und der Schwierigkeit, einen Redner zu bestimmen. Andererseits hatte Cassirer somit die Möglichkeit, das Thema der Rheinlandbefreiung behutsam anzugehen. Vor seinen Ausführungen über „Wandlungen der Staatsgesinnung und der Staatstheorie in der deutschen Geistesgeschichte“ betonte er die Verbundenheit der Hamburgischen Universität mit den Hochschulen im Rheinland und bekundete Sympathie mit „ihrem Willen zum deutschen Volkstum“.¹⁰⁰ Gleichzeitig hob er den geistigen, also gewaltfreien Sieg gegen die französische Besatzung hervor.¹⁰¹

Erwartungsgemäß blieb ein Großteil der rechtsgesinnten Studenten der Feier fern,¹⁰² ebenfalls blieb das Chargieren aus, auch wenn die Burschenschaft Markomania „princiipiell bei der Feier chargiert hätte“, aufgrund des Fernbleibens der anderen Korporationen aber nur „in Couleur“ teilnahm.¹⁰³ Laut „Echo“ kamen zudem „360 sozialistisch gesinnte Studenten“ zu der Feier.¹⁰⁴ Auch die Berichterstattung der zuvor kritischen Zeitungen war verhältnismäßig wohlwollend, der „Correspondent“ würdigte die „eindrucksvolle Veranstaltung“.¹⁰⁵ Die „Nachrichten“, die zuvor noch das Bild einer Feier ohne Studentenschaft gezeichnet hatten,¹⁰⁶ bestätigten nun, dass „große Teile der Studentenschaft, der Professorenschaft und der Staatsbehörden“ teilgenommen hätten.¹⁰⁷ Doch hielten

100 Ernst Cassirer, *Wandlungen der Staatsgesinnung und der Staatstheorie in der deutschen Geistesgeschichte*. In: Ernst Cassirer, *Philosophie und Politik*. Mit Beilagen. Hrsg. von John Michael Krois/Christian Möckel. Hamburg 2008 (= Nachgelassene Manuskripte und Texte, Bd. 9), S. 85-112, hier S. 85.

101 Ebd., S. 88.

102 Neben der Absage einzelner politischer Gruppen ist vor allem die von 20 Korporationen gezeichnete Ablehnung der Feier hervorzuheben. Siehe StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.8, Heft 2, Falke an Cassirer, 22.7.1930.

103 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.8, Heft 2, Markomania an Cassirer, ohne Datum [„zur Akte“ am 19.7.1930].

104 Was ist volkskonservativ? Eine lehrreiche Frechheit. In: *Hamburger Echo* vom 22.7.1930.

105 Hamburgs Universität feiert Verfassung und Rheinlandbefreiung. Eine eindrucksvolle Veranstaltung. In: *Hamburgischer Correspondent* vom 22.7.1930.

106 Von den Hochschulen. Doch akademische Verfassungsfeier und Rheinlandfeier in Hamburg. Aber ohne die Studentenschaft. In: *Hamburger Nachrichten* vom 17.7.1930.

107 Akademische Feier der Reichsverfassung und der Befreiung des Rheinlandes. In: *Hamburger Nachrichten* vom 22.7.1930.

weder „Nachrichten“ noch „Correspondent“ ihre ablehnende Haltung gegenüber der Feier zurück. Während Letzterer Anstoß an dem „in verschwenderischer roter Stofffülle ausgeschlagenen Podium“ nahm,¹⁰⁸ rügten die „Nachrichten“, dass durch das Fehlen der Korporationen (und durch eine Frau im Talar)¹⁰⁹ „das gewohnte Bild akademischer Feierlichkeit nicht vollständig“ gewesen sei.¹¹⁰ Die Kritik der konservativen Presse und die erheblichen inneruniversitären Widerstände gegen die Verfassungsfeier akzentuieren die Anstrengungen der demokratischen Minderheit der Professoren. Tatsächlich ist die Verfassungsfeier unter Cassirers Leitung eines der wenigen Beispiele für ein demokratisches Bekenntnis der Hamburgischen Universität in der Weimarer Republik.¹¹¹ Gleichzeitig kontrastiert der 22. Juli 1930 als einmaliges Datum die alljährlichen Feiern des 18. Januar. Zwar war es den Demokraten an der Universität gelungen, eine Verfassungsfeier durchzusetzen, doch auf den Reichsgründungsfeiern gelang ihnen die Verbindung der gefeierten staatlichen Einheit mit ihrer demokratischen Ausgestaltung nicht.

Das Ende der akademischen Reichsgründungsfeiern

Nach dem einmaligen Ausflug in die Musikhalle fand die Reichsgründungsfeier 1932 wieder in der Universität statt, allerdings unter anderen Vorzeichen. Mittlerweile wurde der AStA von den nationalsozialistischen Studenten dominiert, und mit Albert Wigand hatte die Universität einen Rektor, der dem Nationalsozialismus nahestand.¹¹² Vehement forderte er die Wiedererlangung der Wehrhoheit und betonte die „todesverachtende Entschlossenheit der Jugend, die Schande und Wehrlosigkeit zu tilgen“.¹¹³ Das Reich von 1871 beschrieb er als „zu tausendjährigem Leben bestimmt, wie eine Eiche“ – nun stünde es jedoch „entlaubt und wie zerschossen im Granatfeuer, ins Mark getroffen, der Krone und ganzer Äste beraubt“. Die Implikationen eines der Krone beraubten Reiches werden

108 Hamburgs Universität feiert Verfassung und Rheinlandbefreiung. Eine eindrucksvolle Veranstaltung. In: Hamburgischer Correspondent vom 22.7.1930.

109 Vgl. auch Vogel (wie Anm. 3), S. 16 f.

110 Akademische Feier der Reichsverfassung und der Befreiung des Rheinlandes. In: Hamburger Nachrichten, 22.7.1930.

111 Vgl. Nicolaysen, Plädoyer (wie Anm. 89), S. 323 f.

112 Vgl. Vogel (wie Anm. 3), S. 39-41.

113 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 11, Ansprache Wigand 1932.

bei der Aufforderung Wigands, die erste Strophe des Deutschlandliedes zu singen, ersichtlich, denn in ihr komme „der unbeugsame Wille zum erneuerten, großen Reich“ zum Ausdruck. Die Beteuerung, es solle aus ihr „wahrhaftig nicht imperialistischer Weltherrschaftswahn klingen“, wirkt dabei eher entlarvend denn glaubwürdig. Der studentische Sprecher, Walter Steinbock, betonte den Hang der Jugend zum Revolutionären, sie könne nicht „mit der gravitas und moderatio eines römischen Senators“ auftreten.¹¹⁴

Der Fachvortrag von Otto Lauffer blieb jedoch in der Tradition. Zwar betonte Lauffer, wie sehr sein Thema, „Heimat und Vaterland“, zum Anlass der Feier passe,¹¹⁵ doch fiel sein Vortrag nicht so nationalistisch aus, wie es der Rahmen der Feier des Jahres 1932 vermuten lassen könnte. Wendungen wie die „Hingabe aller Volksgenossen“ zur Einigkeit¹¹⁶ fügten sich in die Sprache des Fachs des Altertums- und Volkskundlers, dem an einem respektablen Vortrag gelegen war, nicht zuletzt da er sich erfolgreich für die Rundfunkübertragung der Feier eingesetzt hatte.¹¹⁷

Die Tradition des Fachvortrags hielt sich auch noch ein Jahr später, wenige Tage vor dem Ende der Republik, als der Mathematiker Wilhelm Blaschke über „Wissenschaftspflege im Ausland“ sprach und über seine Erfahrungen an verschiedenen Universitäten in den USA, Japan, China und Indien berichtete.¹¹⁸ Blaschke vermied nationalistische Töne und hob lediglich die Vorbildfunktion Deutschlands in Japan hervor. Nationale Ausführungen kamen hingegen von Rektor Leo Raape, der bei der Wiederholung der standardmäßigen Forderung des „Anschlusses Österreichs“, ein völkisches Element hinzufügte, indem er warnte, Österreich dürfe keine „zweite deutsche Schweiz oder ein zweites deutsches Holland werden“.¹¹⁹ Für die Studenten sprach der NS-Funktionär Wolff Heinrichs-

114 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 11, Ansprache Steinbock 1932.

115 Otto Lauffer, Heimat und Vaterland. Rede gehalten bei der Reichsgründungsfeier am 18. Januar 1932. Hrsg. von der Hamburgischen Universität. Hamburg. o. J. [1932], S. 3.

116 Ebd., S. 24.

117 Vgl. zur Rundfunkübertragung StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 11, Lauffer an Niemann, 23.12.1931; StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 11, Niemann an Nordische Rundfunk A.G., 12.1.1932.

118 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 12, Inhaltsangabe Ansprache Blaschke 1933.

119 Reichsgründungsfeier der Universität. Unsere Schicksalsverbundenheit mit Oesterreich. In: Hamburgischer Correspondent vom 18.1.1933.

dorff.¹²⁰ Mit dessen Ansprache war der Bogen, den Wigand ein Jahr zuvor bereits mit seinem Sehnen nach dem „erneuerten“ Reich zu spannen begonnen hatte, von 1871 zum erhofften „Dritten Reich“ geschlossen. Heinrichsdorff führte aus: „Preussentum: das heisst der Primat der Pflicht im Gegensatz zu dem des Rechts“.¹²¹ In der Geschichte Preußens liege die Notwendigkeit „für die geschlossene Schwenkung des Volkes nach Osten“.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten bedeutete auch für die Hamburgische Universität eine tiefe Zäsur.¹²² Vor allem die Vertreibung jüdischer und politisch missliebiger Hochschullehrer veränderte rasch das Gesicht der Universität.¹²³ Während der Universitätssenat zu diesen Vorgängen schwieg, bekundete er im Herbst 1933, es solle am 18. Januar „auch im nächsten Jahr eine Universitätsfeier stattfinden“.¹²⁴ Dieser Beschluss zeigt den Willen, an der Feier festzuhalten, aber auch das Ende der Selbstverständlichkeit, die Reichsgründung von 1871 zu feiern. Die Bestimmung des neuberufenen Historikers Otto Westphal als Redner symbolisiert einen zweifachen Bruch: Zum einen hielt jetzt mit Westphal ein überzeugter Nationalsozialist und Vordenker der „Politischen Universität“ den Vortrag,¹²⁵ zum anderen war er nicht mehr wie zuvor von den Fakultäten bestimmt worden – das Führerprinzip war bei der Reichsgründungsfeier angekommen. Die Feier von 1934, auf der nicht nur der 18., sondern zudem der 30. Januar bejubelt wurde, war ein Bekenntnis zum „Dritten Reich“. Der Rektor, der Jurist Eberhard Schmidt, führte aus: „Wir geloben in dieser Stunde, auf dem Wege zu Ehre und Freiheit den

120 Vgl. Eckart Krause, Studentenfürher in Hamburg nach 1933. In: Krause, Hochschulalltag (wie Anm. 3), Teil III, S. 1498-1502, hier S. 1498 f.

121 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 12, Ansprache Heinrichsdorff 1933.

122 Vgl. auch für weitere Literatur Rainer Nicolaysen, Geistige Elite im Dienste des „Führers“. Die Universität zwischen Selbstgleichschaltung und Selbstbehauptung. In: Hamburg im „Dritten Reich“. Hrsg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg. Hamburg 2005, S. 336-356.

123 Vgl. zu den Opfern der Verfolgung Angela Bottin, unter Mitarbeit von Rainer Nicolaysen, ENGE ZEIT. Spuren Vertriebener und Verfolgter der Hamburger Universität. Berlin/Hamburg 1992 (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, Bd. 11) [zuerst: Ausstellungskatalog. Hamburg 1991].

124 StA Hbg., 364-5 I Universität I, C.20.4. Bd. V, o.S., Protokoll der 216. Senatssitzung vom 27.10.1933.

125 Vgl. zur politisch motivierten Berufung Westphals: Peter Borowsky, Geschichtswissenschaft an der Hamburger Universität 1933 bis 1945. In: Krause, Hochschulalltag (wie Anm. 3), Teil II, S. 537-588, hier S. 542-544.

Führern unseres Volkes, Hindenburg und Hitler, zu folgen und geben diesem Gelöbnis feierlichen Ausdruck durch ein dreifaches Sieg-Heil.“¹²⁶ Die Anordnung, ab 1935 am 30. Januar zu feiern, zeigte den Wandel der Bedeutung der Gründungsereignisse.¹²⁷ Die Veränderung der akademischen Festkultur versinnbildlicht auch der Verzicht auf einen wissenschaftlichen Vortrag im Jahre 1937, als auf der Feier gemeinschaftlich die Rundfunk-Übertragung einer Hitler-Rede verfolgt wurde.¹²⁸

Schluss: Die Reichsgründungsfeier der Hamburgischen Universität als Spiegelbild politischer Konflikte der Republik

Seit 1921 feierte die Hamburgische Universität alljährlich Reichsgründungsfeiern, auf denen seit 1922 meist Ordinarien den Fachvortrag hielten. Auf der Reichsgründungsfeier zu sprechen, war eine gern übernommene Ehre.¹²⁹ Wie sehr die Redner die Gelegenheit eines Vortrags vor einem größeren Publikum schätzten, zeigt zudem Otto Lauffers Bemühung um eine Rundfunkübertragung. Die sich rasch großer Beliebtheit erfreuenden Feiern entfalteten durch die erhebliche Berichterstattung eine gesellschaftliche Wirkung weit über den Kreis der Teilnehmer hinaus. In den Pressedarstellungen wird auch der politische Konflikt um die Feiern deutlich, die je nach Standpunkt als scheinbar apolitisches Bekenntnis zur nationalen Einheit oder politische Manifestation des Monarchismus gewertet wurden.

In der Rückschau liegt es nahe, die Reichsgründungsfeiern der Weimarer Republik mit Blick auf 1933 zu interpretieren. Jahr für Jahr fand an der Hamburgischen Universität eine nationale Kundgebung statt, in der mal verhaltener, mal deutlicher die Revision von Versailles und St. Germain beschworen wurde und die Republik als Negativfolie für eine glorifizierte monarchistische Vergangenheit herhalten musste. Doch zeigt eine genaue Betrachtung der Feiern ein differenziertes Bild. Im Streben nach einer Revision von Versailles war ein Großteil der Bevölkerung vereint,

126 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 13, Ansprache Schmidt 1934.

127 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 14, Reichs- und Preußischer Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die Hochschulen (Rundschreiben), 18.12.1934.

128 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 16, Aushang: „Die Universitätsfeier wird von 11 Uhr auf 12:30 Uhr pünktlich verlegt.“, ohne Datum.

129 Dies gilt auch für Heidelberg, vgl. Engelhausen (wie Anm. 5), S. 526.

unabhängig von der jeweiligen politischen Verortung, denn nationale Motive wurden oft als unpolitisch wahrgenommen. Trotzdem verherrlichte die politische Rechte am 18. Januar tatsächlich die Vergangenheit. Für die Minderheit der Republikaner an der Hamburgischen Universität bildeten die Reichsgründungsfeiern die Möglichkeit, ein patriotisches Bekenntnis zum Reichsgedanken und zu nationalen Zielen zu bekunden, dies aber auch mit republikanischen Zügen zu verbinden. Einen Höhepunkt bildete hierbei die Ansprache Hermann Buttenwiesers, der als demokratischer Patriot versuchte, die Losung „Einigkeit und Recht und Freiheit“ in den Mittelpunkt zu rücken. Die Demokraten bemühten sich, die Gründung des Kaiserreiches mit der Republik zu verbinden und so einen Festakt zu begehen, der „von allen Parteien [...] akzeptiert werden“¹³⁰ und nach dem Anschluss Österreichs in „*ungeteilter Freude* von *allen* Deutschen gefeiert werden kann“.¹³¹ Das Bemühen der Republikaner, den 18. Januar umzudeuten, scheiterte an der fehlenden Bereitschaft der konservativen Kreise, auf das vermittelnde Angebot einzugehen. Wie wenig die politische Rechte zu einem Zugeständnis bereit war, zeigt ihr vehementer Widerstand gegen die Verfassungsfeier 1930, die ohne den Zusatz der Rheinlandräumung an der Universität nicht hätte gefeiert werden können. Die Reichsgründungsfeiern waren für Republikaner eine gern genutzte Gelegenheit, nationale Positionen zu beziehen, und auch ein Versuch, Einigkeit herzustellen. Die Erinnerung an die Reichsgründung lediglich als antirepublikanisches Instrument zu verstehen, wird diesen integrativen Anstrengungen der Republikaner nicht gerecht. Der Versuch der Umdeutung scheiterte auch, weil die Feier die deutsche Einheit von der Staatsform abstrahierte und so die Republik unterminierte. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die Verweigerung eines Kompromisses seitens der republikfernen Mehrheit. Der Misserfolg des Versuchs, über das patriotische Bekenntnis den 18. Januar umzudeuten, wurde zudem durch die fehlende Entschlossenheit der Demokraten begünstigt: Die Kompromissbereitschaft von Republikanern wie Rudolf Laun grenzt dabei fast an Selbstaufgabe, wie der 1926 erfolgte Verzicht auf die dritte Strophe des Deutschlandliedes zeigt.

Verdichtet zeigen die Reichsgründungsfeiern die Belastungen der Weimarer Republik, vor allem die Republikferne der Eliten, die eine fatale antidemokratische Wirkung entfalteten. Auch die bisweilen weitgehende Bereitschaft von (Sozial-)Demokraten, konservative Kräfte einzubinden,

130 StA Hbg., 364-5 I Universität I, A.170.6, Heft 6, Laun an Krause, 19.1.1927.

131 Buttenwieser (wie Anm. 70), S. 583 [Hervorhebung im Original].

konnte daran nichts ändern. Auch die Jahre relativer Stabilität vermochten nur eine oberflächliche Beruhigung des Konflikts zu bewirken. Als Mitte der 1920er Jahre die Gestaltung der Reichsgründungsfeiern von Herzens- und Vernunftrepublikanern geprägt war, wurde der Konflikt nur überdeckt; in der Krise brach er vehement wieder auf. Die Republikaner blieben am Ende überfordert,¹³² und auf den Reichsgründungsfeiern überwogen die unversöhnlichen Elemente, die eklatant die letzten beiden Feiern der Weimarer Zeit prägten. Die Reichsgründungsfeiern wurden hier zur Plattform für Forderungen nach der „Wiedererlangung der Wehrhoheit“ und nach dem „erneuerten, großen Reich“ mit dem Appell zur Hinwendung gen Osten. Der Schritt von der Feier der Reichseinheit hin zu aggressiv-revisionistischen Forderungen war für viele Universitätsangehörige nur ein kleiner. Denn ein antidemokratischer Impetus war bei den Hamburger Feiern kontinuierlich anzutreffen gewesen, auch wenn nicht von „gezielt antirepublikanischen Veranstaltungen“ gesprochen werden kann.¹³³ Gezielt waren vielmehr die Versuche der Republikaner, die Weimarer Republik in die Tradition der Reichseinheit zu stellen. Doch blieben trotz dieser Phase republikanischer Umdeutungsversuche die Reichsgründungsfeiern an der Hamburgischen Universität – wie die meisten ihrer Teilnehmer – republikfern.

132 Vgl. Ursula Büttner, Weimar. Die überforderte Republik. Leistung und Versagen in Staat, Wirtschaft und Kultur. Stuttgart 2008.

133 Hierin ähnelte Hamburg Heidelberg, vgl. Engelhausen (wie Anm. 5), S. 537.